



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen
und der Abgeordneten des SSW

Patientenverfügungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine zügige bundesgesetzliche Regelung des Anwendungsbereichs und der Bindungswirkung von Patientenverfügungen einzusetzen.

Im Interesse der Rechtssicherheit ist für Patientinnen und Patienten, ärztliches Personal, Angehörige, Betreuende und Bevollmächtigte eine klare und eindeutige Regelung erforderlich, aus der sich ergibt, unter welchen konkreten Voraussetzungen und in welcher Form der erklärte Verzicht auf künstlich lebenserhaltende oder lebensverlängernde medizinische Maßnahmen rechtswirksam und verbindlich ist.

Die Landesregierung wird gebeten, zur 24. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages einen schriftlichen Bericht über den Stand der Beratungen auf Bundesebene vorzulegen.

Ursula Sassen
und Fraktion

Holger Astrup
und Fraktion

Wolfgang Kubicki
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und die Abgeordneten des SSW